



Vorlage KT_47/2019
zur öffentlichen Sitzung des
Kreistags
am 06.12.2019

mit 3 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kreistags

Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung 2019 bis 2023 - Verabschiedung -

1. Verfahren

Wie in den Vorjahren, haben wir den Verwaltungsausschuss bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 25.03.2019 und am 01.07.2019 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2020, zum Finanzzwischenbericht 2019 und zum Jahresabschluss 2018.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2020 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2019 - 2023 (Vorlage KT_36/2019) im Kreistag am 25.10.2019 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2020 vorberaten.

2. Stellenplan

Der Stellenplan (Vorlage VA_37/2019) wurde am 04.11.2019 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er wird in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29.11.2019 weiter beraten. Über das Ergebnis wird mündlich informiert.

3. Verwaltungsausschuss am 04.11.2019, 1. Lesung

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen sowie die vorliegenden Anträge informiert. Gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf verringert sich das Defizit im Ergebnishaushalt von 20,8 Mio. € auf 13,5 Mio. €. Im Finanzhaushalt sinkt die Änderung des Zahlungsmittelbestandes von minus 51,8 Mio. € auf minus 44 Mio. €. Dies liegt insbesondere an höheren Schlüsselzuweisungen aufgrund eines gestiegenen Kopfbetrages.

Über die bisher vorliegenden haushaltsrelevanten Anträge wurde der Verwaltungsausschuss mit Vorlage 47/2019 informiert.

Der Haushaltsplanentwurf 2020 wurde von der Verwaltung – entsprechend dem Votum von Freien Wählern, CDU, SPD und FDP – mit einem unveränderten Kreisumlagebesatz von 27,5 Prozentpunkten eingebracht. Dies war nach Ansicht der Verwaltung sinnvoll, da bis zur Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs ohnehin viele haushaltsrelevante Punkte seitens des Landes nicht klar waren.

Es wurde vorgeschlagen, im Finanzhaushalt die Ansätze für die Straßenbahn Ludwigsburg mit den Bottwartal Verkehrsmaßnahmen für gegenseitig deckungsfähig zu erklären. Der Haushaltsplan 2020 wurde vom Verwaltungsausschuss ansonsten durchweg positiv bewertet. Lediglich die prognostizierte Höhe der Kreisumlage in der Finanzplanung wurde angezweifelt. Man war sich einig, dass zur Eindämmung der Klinikendarlehen ein Betrag von 10 Mio. € aus der Überschussrücklage für Investitionsvorhaben der Kliniken reserviert werden soll. Angesichts der bestehenden Risiken ist die umsichtige und sparsame Haushaltswirtschaft im Landkreis Ludwigsburg fortzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2020 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

4. Beratung in den Ausschüssen

4.1 Ausschuss für Umwelt und Technik am 08.11.2019

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlung gegeben:

- Ein jährlicher Mitgliedsbeitrag an die Ludwigsburger Energieagentur LEA über 100.000 € wurde mehrheitlich (bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme) beschlossen.
- Projektmittel für den Landschaftserhaltungsverband über 30.000 € wurden einstimmig empfohlen (bisheriger Ansatz 5.000 €).
- Für einen stationären Verkehrsübungsplatz der Kreisverkehrswacht Ludwigsburg wurde einstimmig die Bereitstellung von 100.000 € für 2020 empfohlen. Die restlichen Fördermittel von 400.000 € müssen 2021 ff bereitgestellt werden.
- Die Bereitstellung von jährlich 13.000 € für das Projekt „Naturvision on Tour“ wurde mehrheitlich empfohlen.
- Die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets wurde mehrheitlich abgelehnt.

Bereits am 30.09.2019 hat der Ausschuss für Umwelt und Technik die Bereitstellung von 130.250 € für weitere Klimaschutzmaßnahmen befürwortet. Ferner wurde in dieser AUT-Sitzung über die Gebührenkalkulation und die Abfallwirtschaftssatzung 2020 diskutiert. Der

AUT befürwortet die Variante 1 der Gebührenkalkulation mit einem einzusetzenden Überschuss von 3,58 Mio. €. Bislang waren 3 Mio. € im Planentwurf enthalten.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

4.2 Sozialausschuss am 11.11.2019

Der Sozialausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

- Der Antrag von Tragwerk e.V. zur Förderung des Netzwerks Inklusion mit 20.000 € jährlich wurde einstimmig empfohlen.
- Der Antrag von Frauen für Frauen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses für die Fachberatungsstelle auf insgesamt 70.605 € wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme befürwortet.
- Der Antrag der Hospizinitiative auf Mitfinanzierung einer Stelle bei der Kinder- und Jugendtrauerarbeit mit 72.000 € wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme empfohlen.
- Das gemeinsame Projekt Stromsparcheck von LEA und Jobcenter mit einem Aufwand von 29.056,92 € wurde ebenfalls mehrheitlich bei 1 Gegenstimme dem Verwaltungsausschuss/Kreistag zu Annahme empfohlen. 10.000 € werden über die Deckungsreserve finanziert, der Rest aus dem Jobcenterbudget.
- Weiter wurde ein Zuschuss an Refugio für das psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge über 40.000 € mehrheitlich bei einer Gegenstimme befürwortet.
- Außerdem wurde einstimmig eine Beschlussempfehlung bezüglich eines Zuschusses für das Psychosoziale Netzwerk über 293.703,18 € zur Weiterentwicklung der Gemeindepsychiatrie abgegeben (Gesamtzuschuss dann 391.803,18 €).
- Der Sozialausschuss beschließt auch einstimmig, Hebammen im Rahmen eines Konzeptes für den ganzen Landkreis zu fördern, das auch örtliche Gegebenheiten und bereits bestehende bzw. in Aufbau befindliche Einrichtungen berücksichtigt. Die kommunale Gesundheitskonferenz soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten.
- Ferner hat der Sozialausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme die Bereitstellung von 15.000 € für eine Kampagne gegen den Wohnungsleerstand empfohlen.
- Der Sozialausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

4.3 Jugendhilfeausschuss am 13.11.2019

Der Jugendhilfeausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

- Der Jugendhilfeausschuss hat einstimmig empfohlen, dem Kinderschutzbund für die Sprachförderung von Flüchtlingskindern und ihren Müttern 2020 einen Zuschuss von 40.000 € zu gewähren.
- Außerdem hat der Jugendhilfeausschuss einstimmig empfohlen, der Karlshöhe Ludwigsburg für die Jugendberatung 2020 eine Förderung in Höhe von 99.434 € zu gewähren. Diese Förderung soll 2021 und 2022 fortgesetzt und entsprechend dem mit der LIGA vereinbarten Verfahren dynamisiert werden.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig ohne Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

4.4 Kultur-, Schul- und Europaausschuss am 18.11.2019

Der Kultur-, Schul- und Europaausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlung gegeben:

- Der Antrag des Literaturarchivs Marbach auf Erhöhung des Zuschusses um 7.200 € auf 20.000 € wurde einstimmig ohne Enthaltung empfohlen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion auf Kostenübernahme der Schülerzusatzversicherung mit voraussichtlichen Mindereinnahmen von 10.671 € wurde einstimmig ab nächstes Schuljahr (2020/2021) beschlossen.
- Der Antrag des Schulbauernhofs Zukunftsfelder auf Unterstützung bei der Deckung des Abmangels von jährlich durchschnittlich 35.800 € fand grundsätzlich breite Unterstützung. Man wollte mehrheitlich keine Abmangelfinanzierung, sondern einen festen Zuschuss. Um genügend Zeit zur Prüfung und Beratung des Antrages zu haben, wurde er vorerst einmal zurückgestellt.
- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Förderung bei den Volkshochschulen im Kreis um insgesamt 7.729 € wurde ebenfalls positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll im nächsten Jahr einen Vorschlag zur Beratung unterbreiten. Der Antrag wurde vorerst zurückgestellt.

Der Kultur-, Schul- und Europaausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig ohne Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

5. Verwaltungsausschuss am 29.11.2019, 2. Lesung

Im Verwaltungsausschuss wurden die seit der Einbringung eingetretenen Änderungen erörtert.

Der Verwaltungsausschuss hat folgende Ausschussempfehlungen zu behandeln und anschließend an den Kreistag zu geben:

- Ein jährlicher Mitgliedsbeitrag an die Ludwigsburger Energieagentur LEA über 100.000 €.
- Bereitstellung von 130.250 € für Klimaschutzmaßnahmen. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Projektmittel für den Landschaftserhaltungsverband über 30.000 € (bisheriger Ansatz 5.000 €). Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Bereitstellung von 100.000 € für einen stationären Verkehrsübungsplatz der Kreisverkehrswacht Ludwigsburg im Jahr 2020. Die restlichen Fördermittel von 400.000 € müssen 2021 ff bereitgestellt werden. Finanzierung der 100.000 € 2020 über die Deckungsreserve.
- Die Bereitstellung von jährlich 13.000 € für das Projekt „Naturvision on Tour“.
- Der Antrag von Tragwerk e.V. zur Förderung des Netzwerks Inklusion mit 20.000 € jährlich. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Der Antrag von Frauen für Frauen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses für die Fachberatungsstelle auf insgesamt 70.605 €. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Der Antrag der Hospizinitiative auf Mitfinanzierung einer Stelle bei der Kinder- und Jugendtrauerarbeit mit 72.000 €. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Das gemeinsame Projekt Stromsparcheck von LEA und Jobcenter mit einem Aufwand von 29.056,92 €. 10.000 € werden über die Deckungsreserve finanziert, der Rest aus dem Jobcenterbudget.
- Zuschuss an Refugio für das psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge über 40.000 €. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Zuschusses für das Psychosoziale Netzwerk über 293.703,18 € zur Weiterentwicklung der Gemeindepsychiatrie (Gesamtzuschuss dann 391.803,18 €). Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Förderung von Hebammen im Rahmen eines Konzeptes für den ganzen Landkreis.
- Bereitstellung von 15.000 € für eine Kampagne gegen den Wohnungsleerstand.
- Zuschuss an den Kinderschutzbund für die Sprachförderung von Flüchtlingskindern und ihren Müttern von 40.000 € für das Jahr 2020. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Zuschuss an die Karlshöhe Ludwigsburg für die Jugendberatung 2020 über 99.434 €. Diese Förderung soll 2021 und 2022 fortgesetzt und entsprechend dem mit der LIGA vereinbarten Verfahren dynamisiert werden. Finanzierung über die Deckungsreserve.
- Literaturarchiv Marbach: Erhöhung des Zuschusses um 7.200 € auf 20.000 €. Finanzierung über die Deckungsreserve.

- Kostenübernahme der Schülerzusatzversicherung (voraussichtlichen Mindereinnahmen von 10.671 €) ab dem nächsten Schuljahr (2020/2021).

Über das Ergebnis der Beratung im Verwaltungsausschuss wird mündlich informiert.

Von diesen Ausschussempfehlungen können 908.192 € über die Deckungsreserve finanziert werden. Der Rest von 138.671 € plus die anfallenden Kosten für die Förderung von Hebammen gehen zu Lasten des Haushalts 2020.

Außerdem hat der Verwaltungsausschuss folgende Anträge, die erst nach der Sitzung des entsprechenden Fachausschusses gestellt wurden, behandelt:

- Antrag der SPD-Fraktion auf Förderung von RegioRadStuttgart-Stationen der Kommunen mit jährlich 60.000 €.
- Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung einer RegioRadStuttgart-Station vor dem Kreis- haus mit laufenden Kosten von rund 8.400 €.
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzierung des Verkehrsverbundes Stuttgart (Verzicht auf eine Tarifierhöhung in 2020).

Über das Ergebnis der Beratung im Verwaltungsausschuss wird mündlich berichtet.

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs – Zweite Lesung – am 29.11.2019 hat der Verwaltungsausschuss dem Kreistag folgenden Beschluss empfohlen:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt den in Ziffer 5 aufgeführten Ausschussempfehlungen zu und

beschließt

- den Entwurf des Haushaltsplans 2020 aufgrund der Vorlage KT_36/2019 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2020 nach Anlage 3,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2019 - 2023,
- im Finanzhaushalt die Ansätze für die Bottwartal Verkehrsmaßnahmen (Seite 215, Investitionsmaßnahme 705470000006) und die Umlage Zweckverband Straßenbahn Ludwigsburg (Seite 219, Investitionsmaßnahme 745470000009) für gegenseitig deckungsfähig zu erklären,
- den Stellenplan entsprechend der Anlage 2,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2020 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 50.400.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 19.700.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 40.000.000 € zu übernehmen,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2020 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 4.000.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 200.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 4.000.000 € zu übernehmen,
- die Verwaltung weiterhin zu ermächtigen, entsprechend der Liquiditätslage des Landkreises Kassenkredite an die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH zu gewähren.
- der Kreisverkehrswacht Ludwigsburg e.V. zur Einrichtung einer stationären Jugendverkehrsschule auf dem Verkehrsübungsplatz Asperg einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von maximal 500.000 € zu gewähren. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Gesamtfinanzierung der Maßnahme sichergestellt ist (TA_49/2019)
- die Fördermöglichkeit für teilstationäre Anlagen wird für die Haushaltsmittel 2020 in Höhe von 30.000 € auch auf stationäre Anlagen ausgeweitet. Voraussetzung ist, dass die kommunal eingesetzten Mittel der Radfahrausbildung dienen (TA_49/2019).